Abendausgabe

Nr. 313 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 154

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag
5. Juli 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Zentrum und Verfassungstag.

Verschleppungsabsichten des Bürgerblocks.

Der sozialdemokratische Antrag, der den 11. August zum gesetzlichen Nationalfeiertag erklären will, macht den gegenwärtigen Regierungsparteien nicht geringes Kopfzerbrechen. Das Zentrum hat zwar früher den gleichen Antrag gestellt, aber heute hat sein rechter Flügel augenscheinlich so großen Einfluß gewonnen, daß man drauf und dran ist, durch Winkelzüge den Antrag zu Fall zu bringen, ihn aber auf jeden Fall für dieses Jahr unwirksam zu machen.

Ueber die Haltung der beiden anderen Regierungsparteien, der deutschnationalen und der Volkspartei, spottet das Zentrumsblatt „Germania" mit grimmem Humor:

„Die Deutschnationalen lehnen den Gedanken eines Verfassungstages überhaupt ab. **Sie beweisen damit, daß ihre Stellung zur Verfassung trotz Richtlinien und Teilhaberschaft an einer republikanischen Regierung mehr den Charakter äußerlicher Korrektheit als den innerer Wärme trägt.** Die Deutsche Volkspartei will den Verfassungstag nur dann mit gesetzlicher Kraft ausstatten, wenn gleichzeitig aus der 18. Januar zum Feiertag erhoben wird. Der Gedanke, den Gründungstag des Kaiserreichs zum Feiertag zu erheben, ist vortrefflich. Er hat nur den einen Fehler, daß er 50 Jahre zu spät. Das Kaiserreich hat seinen Gründungstag niemals amtlich gefeiert. Es ist eine etwas eigenartige Zumutung, der Republik jetzt diese Aufgabe zuzuweisen, die das Kaiserreich zu erledigen nicht für nötig hielt."

Ueber die Haltung der Zentrumsfraktion weiß die „Germania" mitzuteilen, daß zwar grundsätzlich Uebereinstimmung über die Notwendigkeit bestehe, den Verfassungstag zum gesetzlichen Feiertag zu machen, daß aber die landwirtschaftlichen Kreise Einspruch dagegen erheben, daß ein Wochentag der Erntearbeit entzogen würde, und daß man deshalb damit umgehe, einen Sonntag vor oder nach dem 11. August als Verfassungstag zu bestimmen. Die „Germania" selbst versichert als ihre eigene Meinung zwar, daß sie unbedingt dem 11. August den Vorzug gebe, weil der Verfassungsgedanke im Sonntagstrubel untergehe. Indessen hält die Zentrumsfraktion daran fest, den Verfassungsantrag nur in Verbindung mit ihrem eigenen Antrag zu unterstützen, der die christlichen Feiertage reichsgesetzlich schützen und verewigen will.

Die „Germania" versichert übrigens im Hinblick auf den Verfassungstag, daß sie „von Zwangsmaßnahmen in Dingen, die Gesinnungen und Meinungen berühren", nichts halte. Aber daß durch die reichsgesetzliche Festlegung einer ganzen Reihe katholischer und evangelischer Feiertage auch die Gesinnung und Meinung der nichtchristlichen Bevölkerung durch Zwangsmaßnahmen berührt werden, ist ihr offenbar entgangen. Die Frage des Verfassungstages hat mit der der christlichen Feiertage sachlich gar nichts zu tun. Ihre Zusammenkoppelung kann nur dem Zwecke dienen, einer klaren Entscheidung ausweichen zu können. Dem gleichen Zweck dient auch der ganz undiskutable Vorschlag, statt des 11. August irgendeinen Sonntag als Verfassungsersatz zu bestimmen.

•

Im Rechtsausschuß des Reichstags gab es heute einen Kampf um den Verfassungstag. Der Ausschuß hatte als dringende Aufgaben bezeichnet, das Gesetz über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, das Gesetz über die Regelung der Standesherrenangelegenheiten und die gesetzliche Regelung der Feiertage.

Vorsitzender **Kahl** wünchte zunächst die Beratung des Gesetzes über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen.

Genosse Dr. **Rosenfeld** widersprach und beantragte, zunächst die Frage des Verfassungsfeiertages zu behandeln. Er wies darauf hin, daß der Reichstag sich lächerlich machen würde, wenn er unmittelbar vor dem 11. August in die Ferien ginge, ohne vorher die Frage der gesetzlichen Festlegung dieses Tages als Feiertag zur Entscheidung zu bringen.

Abg. **Barth** von den Deutschnationalen widersprach dem Vorschlag des Genossen Rosenfeld. Er schloß sich dem Vorschlag des Vorsitzenden Kahl an.

Abg. **Schulte** führte aus, daß die Zentrumspartei als Verfassungspartei sich zum Verfassungstage bekenne. Auch andere Staaten hätten Nationalfeiertage. Es sei eines modernen Staates mit junger verfassungsrechtlicher Gestalt nur würdig, den Verfassungstag zu feiern. Diese Frage müsse jetzt geregelt werden.

Abg. **Stöcker** hielt für wichtiger die Frage der Standesherren.

Der sozialdemokratische Antrag, zunächst den Verfassungsfeiertag zu behandeln, wurde mit den zwölf Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums gegen die elf Stimmen der Deutschnationalen und Volkspartei angenommen. Die Kommunisten enthielten sich. Es wurde darauf in die sachliche Beratung eingetreten.

Die Begründung des Antrags.

Zur Begründung des gemeinsamen Antrages der Sozialdemokraten und eDmokraten auf Anerekmung des 11. August als Feiertages führte Genosse **David** aus: Am 20. April 1923 beantragte die Reichsregierung unter Oeser den Entwurf eines Gesetzes über Feiertage und Gedenktage, durch den der 11. August als Verfassungstag zum Nationalfeiertag erklärt werden sollte. Diesen Antrag der damaligen Regierung nimmt unser jetziger Antrag wieder auf. Der 11. August muß überall als Volksfeiertag gefeiert werden. Auch in Bayern, wo man noch immer davon nichts wissen will. Die Deutschnationalen haben sich jetzt auf den Boden der Verfassung gestellt, wenn es ihnen mit dieser Verfassung ehrlich ist, müssen sie für unseren Antrag eintreten. Durch die Festlegung eines solchen Feiertages würde die Zusammengehörigkeit des ganzen Volkes zum Ausdruck kommen. Auch die Franzosen, Engländer, Amerikaner legen ihren Volksfeiertagen das größte Gewicht bei. **Wenn das Zentrum neuerdings beantrage, den Verfassungstag am Sonntag nach dem 11. August zu feiern, so laufe dies auf eine Sabotierung des ganzen Verfassungsfeiertages hinaus,** denn der Sonntag sei ohnehin Feiertag. Wie wolle man Schulfeiern am Sonntage veranstalten. Der Verfassungstag habe als Volksfeiertag nur einen Sinn, wenn er immer an einem bestimmten Tag gefeiert werde, ohne Rücksicht darauf, ob es Sonntag sei. **Das Zentrum habe doch früher den 11. August zum Feiertag machen wollen.** Es solle sich überlegen, ob der Weg der Weg der Sabotage des Verfassungstages der richtige sei.

Deutschnationaler Sabotageversuch mißglückt.

Nunmehr machten die Deutschnationalen einen neuen Vorstoß zwecks Verschleppung der Beratung. Sie wiesen darauf hin, daß die Ausschußberatungen nicht genügend vorbereitet seien, daß die Regierung erst noch Material beibringen müsse über die Regelung der Verfassungstage in den verschiedenen Ländern Deutschlands und im Auslande.

Abg. **Schulte** vom Zentrum meinte, zwar in der Begründung den Deutschnationalen nicht in allen Punkten folgen zu können. Wenn aber eine große Partei, mit der seine Freunde in der Koalition seien, den geschäftsordnungsmäßig begründeten Wunsch auf Vertagung aussprächen, so könnten seine Freunde diesem Wunsche nicht entgegenstehen.

Genosse **Rosenfeld** trat den neuen Verschleppungsversuchen entgegen. Er führte aus, daß vorhin bereits Dr. David gegen das Zentrum den Vorwurf der Sabotage erhoben habe, diesen Vorwurf müsse er jetzt in bezug auf die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Sache wiederholen. Denn wenn das Zentrum jetzt sich nicht gegen den Vertagungswunsch der Deutschnationalen erklärt, so laufe sein Verhalten in der Wirkung auf eine Sabotage der Verhandlung hinaus.

Abg. **Pfleger** (Bayer. Vp.) und Abg. **Wunderlich** (Dnat.) traten für Vertagung ein.

Abg. **Schulte** vom Zentrum wies die Vorwürfe des Genossen Rosenfeld zurück, indem er behauptete, daß das Zentrum jeden Gedanken der Verwässerung des Verfassungstages ablehne und auch seinerseits den Verfassungstag wünsche.

Der deutschnationale Antrag auf Aussetzung der Verhandlungen und Beibringen weiteren Materials wurde mit den elf Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und des Abg. Kahl gegen Deutschnationale und Volkspartei (zehn Stimmen) bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Kommunisten abgelehnt.

Die Stellungnahme der Parteien.

Abg. **Brodauf** begründete alsdann für die demokratische Fraktion den Antrag auf Festlegung des 11. August als Feiertag. Der Verfassungstag sei in letzter Zeit sogar durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg anerkannt worden. Dieser Tag werde mehr und mehr zu einem Volksfeiertag und müsse endlich gesetzlich festgelegt werden. Das Zentrum sollte zu seiner früheren Stellung zurückkehren und sich für den sozialdemokratisch-demokratischen Antrag erklären.

Abg. **Bell** wandte sich gegen den von Abg. David dem Zentrum gemachten Vorwurf der Sabotierung. Solche Absichten beständen beim Zentrum nicht. Er persönlich sei für die Anerkennung des 11. August als Feiertag. Man müsse aber Verständnis haben für diejenigen ‚die nicht wollten, daß ein neuer Feiertag mitten in die Ernte fiele, die verhüten wollten, daß der Verfassungstag nur in den Städten gefeiert werde und die deshalb den Vorschlag gemacht hätten, den Sonntag nach dem 11. August zum Verfassungsfeiertag zu erheben.

Die Kreditfähigkeit Berlins.

Die Auslandsanleihe in 5 Minuten dreimal überzeichnet!

Die neue Auslandsanleihe der Stadt Berlin ist, wie wir durch eigenen Drahtbericht erfahren, heute morgen um 9,30 Uhr in London zur Zeichnung aufgelegt worden. Die Zeichnung wurde 9,35 Uhr bereits wieder geschlossen, da die Anleihe innerhalb dieser fünf Minuten bereits dreimal überzeichnet war. Dieser Erfolg beweist einmal, wie richtig die Finanzdeputation beraten war, als sie dem Schröder-Rothschild-Konzern den Zuschlag erteilte. Sodann aber zeigt sich auch hier wieder, daß keine deutschnationalen Brandreden über Geldverschwendung und uferlose Projektmacherei das Vertrauen in die gesunde Finanzwirtschaft Berlins auch nur im geringsten zu erschüttern vermocht haben. Daß vielmehr die durch die Sozialdemokratie im Rathaus in Angriff genommene großzügige Verkehrspolitik den Kredit der Stadt noch ganz besonders gefestigt hat.

Es ist nur zu bedauern, daß die Beratungsstelle für Auslandsanleihen bei dieser Sachlage von den geplanten 100 Millionen 30 Millionen gestrichen hat, die in erster Linie der Straßenbahn bei ihren diesjährigen Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten fehlen werden. Es bleibt abzuwarten, ob die nun notwendige neue Anleihe zu ähnlich günstigen Bedingungen und mit ähnlichem Erfolge abzuschließen sein wird.

Englischer Militärattaché in Berlin!

Die ganze Einrichtung ist überflüssig.

Der „Lokal-Anzeiger" veröffentlicht einen überraschenden Bericht aus London. In der nächsten Woche treffe dort ein Prinz Hohenlohe als Militärattaché Ungarns ein. Ungarn, Bulgarien, Oesterreich und Deutschland hätten sich geeinigt, dorthin wieder Militärattachees an ihre diplomatischen Vertretungen anzugliedern. England und Italien seien bereits einverstanden, nur Frankreich lehne es ab, Militärattachés der besiegten Staaten zuzulassen.

Der Versailler Vertrag (Art. 174 Absatz 1) bestimmt: Deutschland verpflichtet sich, „nach keinem Lande irgendeine Mission des Landheeres, der Seemacht oder der Luftstreitkräfte zu beglaubigen oder zu entsenden oder sie dahin abreisen zu lassen". Man hat diese Bestimmung bisher dahin ausgelegt, daß keine Militärattachés den deutschen diplomatischen Vertretungen beigegeben werden dürften. So haben auch die „Alliierten" (neben den Kontrolloffizieren) Armee- und Marineoffiziere ihren Botschaften und Gesandschaften in Berlin nicht beigegeben.

Der Gedanke, den Versailler Vertrag einmal daraufhin anzusehen, ob das wirklich drinsteht, was man auf allen Seiten bisher angenommen hat„ ist nicht in Berlin entstanden. In London ist die Entdeckung gemacht worden, daß Artikel 179 etwas anderes sage, als man bisher meinte. Dort wird erklärt, dieser Artikel sei nur dahin aufzufassen, daß Deutschland keine Militärmission in andere Länder senden dürfe, um dort militärische Instruktionen zu erteilen. Der Vertrag erlaube die Beglaubigung von einzelnen deutschen Militär- und Marineattachés. Er verbiete nur, daß Deutschland wie früher und wie später andere Großmächte Missionen in andere Länder entsende, so wie preußische Offiziere nach Japan, Argentinien und der Türkei (Liman-Sanders) gegangen sind. Der Wortlaut des Vertrages stimmt mit dieser Auslegung u. E. überein. Die zwischen London und Paris jetzt entstandene Meinungsverschiedenheit stammt offensichtlich daher, daß Frankreich den Vertrag ausdehnend auslegt und die Militärattachés mit in das Verbot der Militärmissionen einbegreifen will, während England jetzt mit einem Male die zutreffendere engere Auslegung entdeckt hat und ihr entsprechend deutsche Militär- und Marineattachés zulassen will, um selber solche nach Berlin senden zu können.

England hat den Wunsch, die normalen Vorkriegsbeziehungen auch zwischen den Militärs wiederherzustellen. Hinter seiner Initiative steht der Gedanke, daß es diplomatisch gegen die Sowjetunion um so stärker dasteht, je mehr die Beziehungen mit den anderen Mächten ausgebaut werden.

Die deutsche Außenpolitik sollte keinerlei Interesse daran zeigen, auf die englischen Wünsche einzugehen. Allerdings ist zu bezweifeln, daß die Interessen der auswärtigen Politik sich gegenüber den Gegenkräften durchsetzen. Das Reichswehrministerium hat natürlich persönliches und sachliches Interesse daran, von den „Fortschritten der anderen Armeen" Kenntnis zu erhalten. Und die Deutschnationalen werden einen Prestigeerfolg brauchen, um die sonstigen Versager ihrer Außenpolitik vor ihren Wählern zu verdecken. Uns scheint, daß die ganze Einrichtung der Militär- und Marineattachés zum Abbau reif ist. Es darf keine Militärdiplomatie neben der verantwortlichen Politik der Auswärtigen Aemter mehr geben. Gegenseitige Kontrolle der Rüstungen ist nötig. Aber sie darf nicht im geheimen betrieben werden, sondern ist eine öffentliche Angelegenheit des Völkerbundes.

•

Von zuständiger Stelle wird betont, daß die Frage des Austausches der Militär- und Marineattachés seit längerer Zeit sich im Stadium der Erwägungen befinde und voraussichtlich sobald nicht zum Abschluß gebracht werden würde.

Genosse **David** erwiderte, daß er ebenso wie Dr. Rosenfeld nur gesagt habe, daß die Wirkung des Verhaltens des Zentrums einer Sabotage des 11. August als Feiertag sei. **Auch wenn dieser Feiertag in die Erntezeit falle, sei es selbstverständlich, daß dringende Arbeiten ausgeführt werden. Es bleibe dann immer noch der Abend, an dem einheitlich in Stadt und Land der Feiertag gefeiert werden könne.** Ein wirklicher nationaler Festtag sei doch überhaupt nur im Sommer denkbar, wo das Volk sich im Freien versammeln könne. Es sei ein bedauerlicher Rückschlag, wenn eine Partei wie das Zentrum, das früher den 11. August als Feiertag habe festlegen wollen, jetzt den Sonntag zum Feiertag zu erheben wünsche. Verfassungsändernd sei der sozialdemokratisch-demokratische Antrag keineswegs. Der Zentrumsantrag bedeute geradezu ein Begräbnis alles dessen, was sich jetzt schon als Volksfeiertag und als offizieller Feiertag durchgesetzt habe. Wolle man auch noch einen Volkstrauertag einführen, dann nehme man dazu den Tag der Flucht Wilhelms II. nach Holland. Der größte Teil des Volkes würde dann allerdings diesen Tag nicht als Trauertag, sondern als Freudentag feiern.

Die Reichsregierung schweigt — Bayern protestiert.

Genosse **Landsberg** richtete die Frage an den Vertreter des Reichsministers des Innern, welchen Verlauf die Reichsratsverhandlungen über den 11. August bisher genommen hätten.

Staatssekretär **Zweigert** lehnte eine Antwort ab, indem er sich dahinter verschanzte, daß die Beratungen der Reichsratsausschüsse vertraulich seien.

Genosse **Landsberg** richtete alsdann die Frage an die Ländervertreter nach ihrer Stellungnahme.

Gesandter **v. Preger** erklärt darauf für die bayerische Regierung, daß diese den demokratisch-sozialdemokratischen Antrag für verfassungsändernd halte, da die Reichsverfassung eine ausdrückliche Bestimmung über die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung zur Einsetzung von Feiertagen nicht enthalte. Außerdem habe die Reichsregierung 1922 erklärt, neue Zuständigkeiten des Reiches nicht schaffen zu wollen und ohne Not nicht ohne Zustimmung des Reichstages bereits vorhandene Zuständigkeiten nicht ausschöpfen zu wollen. Auf dieses Versprechen stütze sich die bayerische Regierung bei ihrem Widerspruch gegen die Festsetzung des 11. August als Feiertag.

Abg. **Kahl** äußert Bedenken, ob man überhaupt durch Gesetz einen Nationalfeiertag schaffen könne. Auch in der Frage der Verfassungsänderung habe er Bedenken. Er wolle aber persönlich alle diese Bedenken zurückstellen und **für den demokratisch-sozialdemokratischen Antrag stimmen,** unter der einen Bedingung, daß auch der 18. Januar, der Tag der Einigung des deutschen Volkes, in Erinnerung an die Reichsgründung am 18. Januar 1871 wenigstens als Erinnerungstag anerkannt werde.

Preußen begrüßt die Initative.

Regierungsrat **Watzmann** begrüßte namens der preußischen Regierung den sozialdemokratisch-demokratischen Antrag. Die preußische Regierung habe sich schon immer auf das wärmste für die Anerkennung des 11. August eingesetzt. Sie habe auch immer für eine würdige Feier durch Beflaggung öffentlicher Gebäude und durch Veranstaltung von Feiern gesorgt. Einige preußische Städte hätten es sich aber trotz Weisung der Regierung nicht versagen können, die Anordnung der Beflaggung nicht auszuführen. Im Potsdamer Falle sei das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes immer noch nicht bekannt geworden. Wenn sich dieses Gericht an seine frühere Rechtsprechung halte, dann müsse es allerdings die Anordnung der Beflaggung durch die preußische Regierung als berechtigt anerkennen. In dem demokratisch-sozialdemokratischen Antrage sehe die preußische Regierung keine Verfassungsänderung. Sie würde die Annahme dieses Antrages nur begrüßen.

Die weiteren Beratungen wurden alsdann auf Donnerstag vertagt.

Um den Warschauer Bürgermeister. Trotz sechsmaliger Wiederholung ist es der Warschauer Stadtverordnetenversammlung nicht gelungen, einen Stadtpräsidenten (Bürgermeister) zu wählen. Man rechnet mit der Möglichkeit der Einsetzung eines Regierungskommissars.

Wie sie lügen.

Nach dem Mord die Hetze.

Die deutschnationale Korrespondenz „Vipro" (Hugenberg), die die Provinzpresse mit Material versorgt, beschäftigt sich in einer Wochenübersicht mit der Ermordung des Reichsbannermitgliedes Tietze durch den Stahlhelmer Schmelzer. Es heißt da:

Auch auf anderen Gebieten leistet die Linkspresse bewunderungswerte Verdrehungskunststücke. Die Gegend um Berlin herum wird durch die sonntäglichen Reichsbanner- und Rot-Front-Besuche immer unsicherer. Da auf einmal konnte man in der Linkspresse Berlins in fetten Ueberschriften lesen: „Planmäßiger Mord an Reichsbannerleuten" — „Faschistische Mörderzentrale im Kreise Lebus" — „Der Stahlhelm bildet Mördertrupps aus" und dergl. — Was war geschehen? — Wieder einmal hatten Reichsbannerautos die Gegend durchfahren. **Am Wegrande in Arensdorf (Kreis Lebus) saß ein Kriegsbeschädigter (Kopfschuß). Sofort fielen die Reichsbannerleute über ihn her — vielleicht, weil er ein Stahlhelmabzeichen trug. — schlugen und schunden ihn; mit einem Stockhieb wurde sein Nasenbein zerschmettert.** Den Mann packte ein Wutanfall. Er raste nach Hause, erbrach den Gewehrschrank seines Vaters und schoß blindlings auf die Reichsbannerleute ein. Ein Mann fand hierbei den Tod. Gewiß ist dieser Tod bedauerlich — wo aber liegt nun wirklich die Schuld? Noch in derselben Nacht entsandte der Justizminister einen Staatsanwalt und zwölf Kriminalbeamte in das kleine Arensdorf. Wir erinnern uns daran, daß vor einigen Wochen in Rathenow 17 Stahlhelmleute schwer verletzt wurden. Es ist uns aber nicht bekannt geworden, daß deshalb auch nur ein Kriminalbeamter nach Rathenow entsandt worden wäre. — **So dient der amtliche Apparat letzten Endes der politischen Agitation.** Er sollte lieber dafür sorgen, daß die sonntäglichen Beunruhigungsfahrten unterbleiben.

Die Bluttat von Arensdorf ist in so frischer Erinnerung, als daß es nötig wäre, die Darstellung der Korrespondenz richtigzustellen. Sie ist ein Beispiel unter vielen für die skrupellose Art deutschnationaler Journalistik. In diesen Kreisen macht man sich kein Gewissen daraus, zu Straftätigkeiten aufzuhetzen und sich schützend vor Mörder zu stellen. Der Geist der Meuchelmörder Rathenaus und Erzbergers ist auch heute noch unter ihnen lebendig.

Wenn in der Korrespondenz der Anschein zu erwecken versucht wird, als dienten die Maßnahmen, die zur strafrechtlichen Verfolgung der Mordtat ergriffen wurden, lediglich der politischen Agitation, so paßt das zwar in den Rahmen der frechen deutschnationalen Hetzer und ist dementsprechend zu werten, der Justizminister wird sich aber trotzdem zu überlegen haben, ob es derartige Beleidigungen der richterlichen Organe tatenlos hinnehmen kann. Den Anstiftern, denn das sind Hetzorgane vom Schlage des „Vipro", muß einmal klargemacht werden, daß der Staat nicht nur dann zur Stelle ist, wenn ein Vertreter zum Schießprügel greift.

„Ufa" müde geworden.

Herr von Stauß trennt sich von Hugenberg.

Herr von Stauß, der frühere Finanzier der „Ufa" und Direktor der Deutschen Bank, hat sich endlich entschlossen, der „Ufa" Valet zu sagen. Er hat den heute von Herrn Hugenberg präsidierten Aufsichtsrat der „Universum Film A.-G." gebeten, ihn von seiner Stellung als Vorstandsmitglied einstweilen zu entbinden. Der äußerliche Anlaß sind Nachwirkungen eines Autounfalls, die trotz sorgfältigster Behandlung noch nicht behoben und deren Beseitigung noch Monate erfordern soll. Der innere Geund dürfte die berechtigte Furcht sein, daß sich mit Hugenberg kaum eine homogene Ufa-Regierung bilden lassen wird, wenn die Homogenität nicht durch die Finanzen der Deutschen Bank hergestellt wird. Davon aber dürfte die Deutsche Bank heute genug haben.

Hankau spricht im Namen Chinas.

Ein Gesandter der Pekingregierung erklärt für die Hankauregierung.

Genf, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) **Zum erstenmal hat der anerkannte Vertreter Chinas, also ein von der Peking-Regierung ernannter Gesandter, im Namen der Hankau-Regierung eine amtliche Erklärung abgegeben.**

Das in Genf weilende chinesische Ratsmitglied erklärte der Presse: Gegenüber den Gerüchten, daß die Genfer Dreimächtekonferenz sich mit China beschäftigt, stellt die nationale Regierung fest, daß China keinen Beschluß einer Konferenz anerkennen würde, an der es nicht teilnimmt.

Eine britische Truppe zieht aus China ab.

Die Rückkehr der indischen Brigade.

London, 5. Juli. (WTB.) Der politische Korrespondent der „Daily Mail" erfährt, daß die Regierung Weisung erteilt hat, sofort die Brigade britischer Truppen, die aus Indien nach China entsandt worden war, zurückzuziehen. Die Truppen werden nach ihren indischen Standquartieren zurückkehren, sobald Transportgelegenheit verfügbar ist.

Diese Verminderung der britischen Streitmacht ist möglich, weil andere in China interessierte auswärtige Mächte in zunehmendem Maße dem britischen Beispiel gefolgt sind und Streitkräfte nach China entsandt haben. Besonders gilt dies von den Vereinigten Staaten. Die britische Regierung wünscht eine Ueberfüllung der besetzten Städte während der heißen Jahreszeit zu vermeiden und die britischen Militärbehörden sind der Ansicht, daß die aus England entsandten Truppen für alle Fälle ausreichen.

Konstantinopel wird umgetauft.

Es soll „Kemali" nach Kemal Pascha heißen.

Paris, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die türkische Regierung zu Ehren des Besuches Mustapha Kemal Paschas beschlossen hat, den Namen der Stadt Konstantinopel in Kemali umzuwandeln. Ein Gesetzentwurf wird sofort dem Parlament zugehen.

Fuad von Aegypten bei Georg von England.

Austausch „freundlicher Gefühle" oder Verhandlungen über ein Bündnis?

London, 5. Juli. (EP.) Im Mittelpunkt des politischen Interesses in London steht der Besuch des Königs Fuad von Aegypten. Die Londoner Blätter widmen ihm freundliche Begrüßungen. In politischer Hinsicht zeigt sich jedoch eine gewisse Reserve. Die „Times" weist darauf hin, daß zwischen informatorischen Besprechungen und tatsächlichen Verhandlungen ein großer Unterschied besteht. Die britische Regierung würde zweifellos die Gelegenheit wahrnehmen, um die freundlichen Gefühle Englands gegenüber dem ägyptischen Souverän und dem ägyptischen Volke zum Ausdruck zu bringen. Dies sei alles, was im gegenwärtigen Augenblick von Wichtigkeit sei. Auffälligerweise beschäftigt sich die „Times" auch mit den inneren Problemen Aegyptens.

Die „Westminster Gazette" dagegen nennt als Gegenstand der Besprechungen: Abschluß eines dauernden Bündnisses zwischen England und Aegypten.

Frankreichs neues Heer.

Mehr als eine halbe Million Mann unter Waffen.

Paris, 4. Juli. (EP.) Aus dem Bericht über den Heeresgesetzentwurf ergibt sich: Die Präsenzstärke der französischen Armee soll 530 000 Mann betragen.

Der Bericht behauptet, die Sowjetarmee zähle 650 000, die italienische Armee 435 000 Mann.

Jugend im Ruhrgebiet.

Von M. Holtei.

Als Fritz, 14 Jahre alt, in die große Armee des schaffenden Volkes eingereiht wurde, kam er zu den Husaren, den Pannashusaren. Kennt ihr diese Waffengattung in dem großen Heer der Arbeiter? Richtiggehende Husaren, mit braunen, krebsrot verbrannten Gesichtern und brennenden, ja eiternden Augen?

Pannashusaren nennt man bei uns die Jungen aus den Brikettfabriken. Jungen von 14 bis 18 Jahren bilden fast ausschließlich die Belegschaft einer Brikettfabrik. Im Keller an den Pechbrechern und Kohlenmühlen, in der Halle am Becherwerk an den gigantischen Pressen, im Waggon an der Rutsche, allüberall schaffen Jungen. Alle weinen und verwünschen die Sonne.

Hier herrscht Rationalismus in höchster Vollendung. Kein Ford oder Taylor fände hier etwas zu tadeln oder zu bessern.

Unbarmherzig genau wirft die große Presse jede Sekunde dampfende Briketts in die Rutsche. Immer, nimmer . . . immer, immer — genau so unendlich gleichmäßig peinigend wie die Uhr in der Hölle. Dann reisen die Briketts über eine kurze Kettenbahn und fallen dann drei Meter tief in eine im Laufe der Jahre ganz blank gewordene Rutschbahn. Immer abwechselnd: zwei für den Fritz, die nächste Sekunde zwei für den Kameraden. Wenn nach 50 Minuten der zwanzigste Waggon vollgepackt ist, sind 10 Tonnen durch Fritzens Hände gegangen, die anderen durch die seines Kameraden. Fritz und sein Kamerad sind das Ende der Maschine. Sie müssen genau so mit wie die Riemen und Kolben, wie die Räder und Rädchen. Wer nicht zufaßt, dem schlagen die herabsausenden Briketts blaue Flecken. Wer nicht will, hat schon. Tückisch und grausam ist die Maschine, aber ihre ermüdende, Geist und Gemüt tötende Schnelligkeit und Gleichmäßigkeit ist noch nicht die größte Pein. Daran gewöhnten sich Fritz und seine Kameraden, dem paßten sie sich an. Unfehlbar wurden sie im Auffangen der Briketts, beim Verstauen in die Waggons. Nein, die größte Qual bereitet das zum Veredeln der Kohle gebräuchliche Pech. In dichten Wolken wirbelt es umher, frißt sich in die Haut der Jungen und schleicht sich unter der mangelhaften Schutzbrille herein in die Augen. Die beginnen zu jucken und zu brennen und schließlich unaufhaltsam zu tränen. Morgens früh, wenn tiefes Dunkel über der weiten Erde liegt, ist es barmherzig kühl um Gesicht und Augen. Auch in der ersten Stunde der Arbeit, wenn die fahle Dämmerung über den Zechenplatz kriecht und der kühle Morgenwind Regenschauer, Schnee oder wenigstens nur scharfe Luft um die Köpfe der Jungen weht, geht es noch. Wenn aber dann, von allen Geschöpfen freudig begrüßt, die Sonne aufsteigt, alles erweckt, erfrischt und belebt, ihre Lichtströme auf die Erde sendet und auch zu uns ihre goldenen Strahlen schickt, dann beginnt ihre Pein. Die Wangen beginnen zu brennen wie von Nadeln durchstochen, als würden sie mit Brennesseln gegeißelt. Der schützende, ekelhafte Ton wird durch die munter rieselnden Tränen aufgelöst und fortgeschwemmt.

Nach Hause geht Fritz mit einem nassen Taschentuch über den gequälten Augen. Straßenbahn, Autos, Häuser — das Leben auf den Straßen kümmert ihn nicht. Bogenlampen, Schaufenster und Lichtreklamen reizen die Tränen, machen ihn verzweifelt, wütend. Zu Hause verhängt die Mutter das grelle Gaslicht. Fritz ißt. Ohne Säumen, ohne Unterhaltung geht er dann ins Bett. Endlich Stille. Ein dunkles Zimmer, ein kühles Kissen. Ungehemmt fließen Fritzens Tränen. Weinen, immer weinen — das erleichtert das qualvolle Brennen. Im Schlaf muß dann Fritz die Schicht noch einmal machen, ganz genau, Waggon für Waggon.

Und jeden Morgen geht er aus dem Haus, mit ihm die Kameraden — jeden Morgen denselben Weg zur Zeche.

Das lange braune Zechenhemd ist so rauh und hären wie das Büßerkleid des heiligen Aloysius. Wenn Fritz am Schacht und an der Lesebank vorbei ist und an der großen Freitreppe steht, dann dehnt sich unter ihm der große Zechenplatz: rechts das Kesselhaus mit den vielen, geöffneten Feuerrachen, die Fördermaschine mit dem langen, zum Herzen der Erde hinabgehenden Seil.

Und auf der anderen Seite liegt so ungeheuer schwarz und klotzig die Brikettfabrik. Die ganze Maschinerie ist schon in Bewegung. Leerlauf. Die mächtigen Schwungräder schlagen dröhnend aneinander. Schwere, dumpfe Töne entringen sich dabei, zittern über die blanken Gleise und fluten in vollen Akkorden über den Platz wie feierliches Glockengeläut. Da denkt Fritz an eine Glocke, von der er einmal gelesen hatte, die auf dem Grunde eines Sees lag, um die eine tote Frau schwamm, mit knöchernen Fingern an die Glocke klopfend. Just solche Töne mögen da aufgestiegen sein.

Und statt der grausig hageren Frau sieht Fritz einen jungen Arbeiter — sich selbst oder einen seiner Kameraden. Der liegt zwischen Riemen und Rad. Die Räder sausen. Der Riemen trägt den Jüngling von Rad zu Rad, von Tag zu Tag — immer, nimmer . . . Dann ertönt die Sirene, und Fritz geht wie ein alter Mann die Treppe hinunter.

Eine neue Rechtschreibungsreform?

Trotz der seit 1901 geltenden neuen deutschen Rechtschreibung, die sich auf die Beschlüsse der „Orthographischen Konferenz" vom Juni 1901 gründete, gibt es noch genug Zweifelsfälle. Bereits ein Jahr nach der Einführung der neuen Rechtschreibung haben die Vertreter der Buchdruckervereine Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz 1902 in Konstanz festgestellt, daß „die neue Rechtschreibung für die Buchdrucker große Schwierigkeiten schaffe, indem sie in zahlreichen Fällen zwei Schreibungen als gleichberechtigt zur Verfügung stelle". Dadurch schien die Gefahr heraufbeschworen zu werden, daß die einzelnen Druckereien wieder zu dem Mittel der „Hausorthographie" greifen würden. Wiederum ein Jahr später beseitigte die Herausgabe des „amtlichen Wörterverzeichnisses für die deutsche Rechtschreibung zum Gebrauch in den preußischen Kanzleien" diese Gefahr. Sollte es zunächst nur für die Kanzleien verbindlich sein, so wurde es bald auch für sämtliche anderen Behörden und im April 1907 auch für die preußischen Schulen maßgebend.

Dennoch lebt jetzt der Kampf um eine weitere Verbesserung der Orthographie abermals auf. Diesmal geht die Anregung dazu vor der Schweiz aus, wo sich im Jahre 1920 der „Bund für vereinfachte Rechtschreibung" gegründet hat. Er ist dauernd bestrebt, sich mit maßgebenden gleichgesinnten Kreisen in Deutschland und Oesterreich in Verbindung zu setzen, will aber nicht allzu radikal, sondern nur schrittweise vorgehen. In erster Linie strebt man einer durchgehenden Kleinschreibung der Hauptwörter mit Ausnahme der Satzanfänge und der Eigennamen zu. Es wird dabei darauf aufmerksam gemacht, daß seit Jakob Grimm fast alle Werke wissenschaftlichen Inhalts der deutschen Philologie in dieser Weise geschrieben sind, daß ferner eingehende Untersuchungen erwiesen haben, daß die Hälfte aller Schreibfehler aus der Großschreibung der Hauptwörter entspringt. Endlich betont man nicht ganz mit Unrecht, welche Danaidenarbeit in der Schule dadurch erspart werden könnte.

Die frühesten mittelalterlichen Handschriften zeigen durchweg Kleinschreibung aller Wörter, und erst mit der dekorativen Ausarbeitung farbiger Anfangsbuchstaben trat die Großschreibung einzelner Worte in Erscheinung. Fand man die neuen Großbuchstaben zunächst nur selten und ausschließlich am Anfang von Kapiteln oder Abschnitten, so zeigten sie sich bald am Satzbeginn, dann auch am Zeilenanfang und schließlich mitten im Satz. Was die übrigen Elemente der Rechtschreibung betrifft, so kann auch bei ihnen ursprünglich von einer systematischen oder logischen Entwicklung nicht die Rede sein, denn die Festlegung des Schriftbildes der Worte ging durchweg nach den verschiedensten etymologischen, landschaftsgebundenen, bedeutungsunterscheidenden und rein persönlichen Gesichtspunkten vor sich und hatte noch kaum bestimmte Formen gefunden, als sie im übertriebenen Schwulst der Barockzeit wieder vollständig ins Regellose ausartete.

Erst in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts begann der Dramatiker Kohlrosz (um 1630) mit der Beschränkung der Großschreibung der Worte auf die Substantive. Gottsched und Klopstock kämpften weiter um die Beseitigung der Regellosigkeiten und seither ist eigentlich der Kampf um die Rechtschreibung nie wieder ganz zur Ruhe gekommen. Auch von der neuen schweizerischen Aktion um die Weiterführung der Rechtschreibungsreform wird man sich selbst bei günstigem Ergebnis keine endgültige Lösung des Problems versprechen dürfen, da immer noch allzu tiefe, fest eingewurzelte Voreingenommenheiten für alte Schreibmoden existieren.

Verbot deutscher Filme in Polen. Das polnische Innenministerium hat beschlossen, keine Genehmigung für die öffentliche Aufführung von Filmen zu erteilen, die von den deutschen Filmgesellschaften „Eiko-Film" und „National-Film" hergestellt werden. Zur Begründung wird angeführt, daß die genannten Gesellschaften den polenfeindlichen Film „Die brennende Grenze" herausgebracht haben.

Eine internationale Konferenz der Leiter aller Tollwutstationen der Welt ist kürzlich auf Veranlassung des Hygieneausschusses des Völkerbundes im Institut Pasteur in Paris zusammengetreten. Sie hat einen Austausch der bei der Wutbehandlung allerorts gemachten Erfahrungen vermittelt und insbesondere darüber Aufklärung geschafft, worauf gewisse Schwankungen in der Häufigkeit des Erfolges der Schutzimpfungen in den einzelnen Ländern zurückzuführen sind.

Gegen den Zollwucher des Bürgerblocks!

Deutschnationale gegen Köhler.

Der Reichsfinanzminister nicht zollfreundlich genug.

Die von Herrn Schiele gepriesene „Mannigfaltigkeit" der Ansichten innerhalb der Reichsregierung ist bekanntlich auch in der gestrigen Reichstagssitzung in Erscheinung getreten. Der Reichsfinanzminister Köhler hat in seiner Einleitungsrede Bemerkungen über die Höhe der deutschen Zollbelastung gemacht, die für die geplanten neuen Erhöhungen das Gegenteil einer „Begründung" waren. Das ist auch der „Kreuz-Zeitung" aufgefallen, die nun höchst ueblaunig schreibt:

Bemerkenswert waren seine Ausführungen über die Zollpolitik des Reiches insofern, als er das Anschwellen der Zolleinnahmen im vergangenen Etatsjahr mit „Sorge" betrachtet und eine Verminderung der Reichseinkünfte bei Herabsetzung der Zollsätze „nicht bedauern" würde. Ein immerhin nicht alltäglicher Standpunkt für den Finanzminister eines schwer notleidenden Landes, dem es zur Befriedigung der nötigsten Erfordernisse an allen Ecken und Enden an Mitteln fehlt. Ueberdies waren diese wohl mehr persönlich oder parteipolitisch ausgeführten Ansichten **nicht gerade geeignet, für die Aufnahme der Zollforderungen des Landwirtschaftsministers einen günstigen Boden zu bereiten.**

Wollte das Zentrum aus den allgemeinen Ausführungen seines Reichsfinanzministers die Konsequenzen ziehen, so müßte es gegen die Zollerhöhungen stimmen. Die „Deutsche Tageszeitung" hegt den schwarzen Verdacht, das Zentrum werde dies zwar nicht direkt im Reichstag tun, wohl aber würde mit seiner Zustimmung das Ganze im Reichsrat zum Scheitern gebracht werden. Das agrarische Hauptorgan wirft dem Zentrum „Schaukelpolitik" vor und bemerkt weiter:

In dieser Schaukelpolitik liegt die einzige, aber schwerlich auf sachlichen Erwägungen beruhende Konfliktsmöglichkeit. Das Zentrum hat es in der Hand, ob der Reichsrat die Möglichkeit zur Tatsache werden läßt. In den Falten seiner Toga ruhen Krieg und Frieden! Es möge sorgsam prüfen, was seinen Grundsätzen und Zielen am besten frommt!

Also, das Zentrum soll prüfen, ob sich angesichts der enormen Belastung der Massen durch Zölle und indirekte Steuern, die auch Köhler beklagt, eine weitere Verteuerung unentbehrlicher Lebensmittel durch höhere Zölle rechtfertigen läßt.

In der „Täglichen Rundschau" müht sich der volksparteiliche Landbundvorsitzende Hepp um den Beweis, daß die Bauern- und Siedlungsfreundlichkeit der Parteien an ihrer Stellung zum Kartoffelzoll zu erkennen ist. Die Sozialdemokraten erhalten danach eine entsprechende schlechte Note. Wenn aber Herr Hepp recht hat, dann waren alle Regierungen der Kaiserzeit „bauernfeindlich", denn damals gab es ja keinen Kartoffelzoll. Und warum gab es keinen? Weil dieser Zoll in Jahren guter Ernte den Kartoffelbauern nicht hilft und nur in Jahren schlechter Ernte die Preise noch höher treibt. Als Folge einer Verweigerung der Kartoffelzollverdoppelung malt Herr Hepp aber ein ganz fürchterliches Schreckbild an die Wand:

Wird die Kartoffel nach dem Willen der bisherigen Reichsratsmehrheit nicht geschützt, **so wird sie in Schweinefleisch umgewandelt, wodurch eine einseitige Mehrproduktion von Schweinefleisch und damit eine Preissenkung hervorgerufen wird.** Der bäuerliche Besitzer und Landarbeiter hat also die Schäden zu tragen. Man kann eben nicht das eine tun und das andere lassen, wie es die Reichsratsmehrheit wollte. Kartoffeln und Schweinefleisch müssen beide in gleicher Weise geschützt werden.

Also, wenn keine Erhöhung des Kartoffelzolls kommt, dann wird im eigenen Lande mehr und billigeres Schweinefleisch erzeugt werden. Das muß auf alle Fälle verhindert werden, darum heraus mit dem Kartoffelzoll.

Der „arbeitsunfähige" Landrat.

Er läßt sich pensionieren und neu anstellen!

Das preußische Staatsministerium hatte den bisherigen deutschnationalen Landrat des Kreises Lauenburg, Schönberg, aus innerdienstlichen Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Darüber große Erregung bei den Deutschnationalen und Anfrage eines ihrer Landtagsabgeordneten über die Gründe dieser Maßnahme. In der Begründung der Anfrage wird gesagt, daß „Trauer und Empörung über den erzwungenen Abschied des im besten Mannesalter stehenden Landrats das Lauenburger Land erfüllt".

Die Antwort des Innenministers Grzesinski ist erschöpfend und eindeutig. Wir lassen sie in ihrem vollen Wortlaut folgen:

Das Preußische Staatsministerium hat aus verschiedenen peinlichen Vorkommnissen, von denen eines zudem noch zu einer disziplinaren Bestrafung geführt hat, die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß der Landrat des Kreises Lauenburg, Schönberg, die Pflichten seines Amtes, insbesondere hinsichtlich der Beachtung von Anordnungen der Staatsregierung, nicht so zu erfüllen in der Lage oder gewillt ist, wie es von einem politischen Beamten in der Stellung eines Landrats verlangt werden muß. Das Staatsministerium hat dadurch das Vertrauen zu seiner Eignung als Landrat verloren und ihn in den einstweiligen Ruhestand versetzt. **Wie berechtigt die Maßnahme des Staatsministeriums ist, geht übrigens deutlich daraus hervor, daß Landrat Schönberg inzwischen selbst „seine körperlichen und seelischen Kräfte als nicht mehr ausreichend" für die Bekleidung eines Amtes bezeichnet und mit der Behauptung des Vorliegens dauernder Dienstunfähigkeit um seine Pensionierung gebeten hat, es dabei aber gleichzeitig, noch dazu ungeachtet seiner dienstlichen Gebundenheit, nicht weiter für bedenklich hielt, sich vom Aufsichtsrat der kreiskommunalen Lauenburgischen Landeskraftwerke A.-G. die Stellung eines Generalbevollmächtigten und Delegierten des Aufsichtsrats, und zwar gegen ein Entgelt in Höhe seiner gesamten bisherigen Bezüge als Landrat zusätzlich weiterer 2000 RM. übertragen zu lassen.** Selbstverständlich wird das Staatsministerium auch diesen Vorgang eingehender Nachprüfung unterziehen.

Der Fall, den die Deutschnationalen zu einer netten Hetze gegen die republikanische Regierung Preußens auszugestalten dachten, gewinnt durch die Mitteilungen des Ministeriums ein für deutschnationale Moralbegriffe sehr bedenkliches Aussehen. Ihr Schützling erklärt sich selbst für dauernd dienstunfähig, läßt sich aber gleichzeitig für ein höheres Gehalt einen neuen Posten verschreiben. Nur möchte er neben seinem höheren Einkommen auch noch die staatliche Pension beziehen.

Mittwoch, 6. Juli, 7½ Uhr abends

Protestversammlungen

Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 23-24
Germaniasäle, Chausseestraße 110
Comeniussäle, Memeler Straße 67
Erbes Festsäle (Kliem), Hasenheide 13-15

Redner:
Toni Sender, Robert Schmidt,
Mathilde Wurm, Georg Schmidt.

Die „Rote Fahne" schwindelt weiter!

Behauptungen ohne Beweise.

Die „Rote Fahne" fährt fort, in großer Aufmachung politische Sensation mit den aufgefundenen Skeletten zu treiben. Die „Indizien", auf die sie sich für ihre Auffassung beruft, beruhen aber, wie wir aus eigener Anschauung feststellen konnten, ausnahmslos auf der aufgeregten Phantasie ihres Reporters, der vor lauter Artikelschreiben bis heute noch nicht dazu gekommen ist, die Fundstelle selber zu besichtigen!

Vor allem verschweigt die „Rote Fahne" die Tatsache, daß am Montag unter dem Nordpfeiler des Bogens 315 die Fortsetzung des Gräberfeldes gefunden wurde. **Was sie von Gestank der Skelette, von anhaftenden Fleisch- und Haarfetzen behauptet, ist einfach erlogen.** Wenn solche sich erhalten hätten, müßte erst recht das Knochenmark in den beinahe luftdicht abschließenden Röhrenknochen noch erhalten geblieben sein. Diese Knochen waren aber innen völlig ausgedörrt und enthielten keine Spuren von Mark, wie wir selber uns überzeugten.

Trotz ihrer tagelangen Sensationsmache kann die „Rote Fahne" auch bis heute keinen einzigen Zeugen namhaft machen, der irgend etwas von der angeblichen Massenerschießung selbst erlebt oder auch nur durch Dritte gehört hat. Dabei müßte sich doch die Erschießung von 50 und mehr Menschen in einer Truppe herumgesprochen haben, zu der damals viele Arbeitslose usw. gehört haben, von denen sicher eine Anzahl in den folgenden Jahren ihre politische Ueberzeugung gewechselt haben. Es ist doch mehr als auffällig, daß trotz der Riesenüberschriften der „Roten Fahne" und ihres Abendablegers auch nicht ein einziger Mensch sich findet, der — sei es als Hinterbliebener eines der angeblich Ermordeten, sei es als früherer Angehöriger der Reinhardt-Truppe — irgend etwas Positives über den behaupteten Vorgang mitteilt.

Schließlich wäre es für die „Rote Fahne" auch leicht gewesen, sich ein paar der zahllos umherliegenden Knochen, die nicht beschlagnahmt sind, zu beschaffen und von einem medizinischen Sachverständigen selber auf ihr Alter untersuchen zu lassen. Das hat sie bis heute wohlweislich vermieden, aus Gründen, die allerdings jedem einleuchten, der selber diese Knochen gesehen hat.

Schwerer Zusammenstoß am Bahnhof Heerstraße.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 53 und einem Lastkraftwagen ereignete sich heute früh gegen ½9 Uhr an der Ecke der Heerstraße und der Pillkallener Allee, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Heerstraße. Fünf Fahrgäste der Straßenbahn zogen sich erhebliche Schnittwunden zu.

Der Lastkraftwagen, der aus der Pillkallener Allee in die Heerstraße einbiegen wollte, stieß mit dem in Richtung Spandau fahrenden und mit zahlreichen Fahrgästen besetzten Straßenbahnzug der Linie 53 mit großer Wucht zusammen. Durch die Gewalt des Anpralls wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert und beide Fahrzeuge schwer beschädigt. Ueber die erschreckten Fahrgäste ergoß sich ein Hagel von Glassplittern. Fünf Fahrgäste trugen ernstliche Verletzungen davon. Während vier Verletzte entlassen werden konnten, mußte der 25jährige Arbeiter Georg D. aus der Germaniastraße zu Tempelhof mit schweren Verletzungen in das Westender Krankenhaus übergeführt werden. Die Feuerwehr wurde alarmiert, nahm die Aufräumungsarbeiten vor und sorgte für erste Behandlung der Verletzten. Bei dem Lastkraftwagen war die Achse gebrochen, so daß er sich quer über die Straßenbahnschienen legte. Durch den Vorfall trat eine empfindliche Verkehrsstörung ein. In Richtung Berlin wurde der gesamte Straßenbahnverkehr eine volle Stunde und in Richtung Spandau ziemlich zwei Stunden völlig lahmgelegt. Die polizeilichen Ermittlungen haben noch keine Klarheit über die Schuldfrage erbracht.

Der „Orden zur Eremitage".

Logenbrüder gesucht!

Gestern konnte die Berufungsverhandlung in dem Ausstattungsstück „Der Orden zur Eremitage" endlich in Szene gesetzt werden. Wie erinnerlich, mußte sie im Mai wegen Nichterscheinens der Buchsachverständigen vertagt werden.

Herr E., der „Großmeister" dieses „Ordens", schilderte von der Anklagebank aus zum drittenmal Glück und Ende seiner bombastischen Gründung. Er hat beileibe niemand betrügen wollen! Die zwei Jahre Gefängnis, auf die das Schöffengericht Lichterfelde gegen ihn als „Schädling am deutschen Volke" erkannt hat, bedeuten ein bitteres Unrecht. Seine ehrliche Absicht sei es gewesen, durch den Orden „dem Ueberhandnehmen der materialistischen Strömungen unserer Zeit und der damit verbundenen Verrohung der Sitten" entgegenzutreten. Allein aus diesem Grunde habe er in den Zeitungen Anzeigen veröffentlicht und aufgefordert, dem Orden beizutreten. Und sie kamen: kleine Kaufleute, Handwerker, Angestellte, mehr als hundert an der Zahl, und wurden Logenbrüder! Man erzählte ihnen, daß die Loge schon auf das ehrwürdige Alter von 300 Jahren zurückblicke — was keineswegs der Fall war —, daß an sie viele andere Logen angeschlossen seien. Man verteilte in feierlicher Sitzung schöne weiße Ordensmäntel mit lila Kragen, man bedachte die Ordensbrüder mit grotesken Aemtern! Die Ordensbrüder hatten aber für diese mittelalterliche Romantik wenig Verständnis. Kinder eines realistischen Zeitalters, erhofften sie von ihrem Ordensbeitritt handgreiflichere Vorteile als den weißen Mantel oder was es sonst an Hokuspokus gab. Die einen erhofften Darlehen, die anderen Erweiterung ihrer Kundschaft, die dritten gesellschaftliche Beziehungen usw. Und als sie sahen, daß ihre Aufnahmegelder ohne Kontrolle verausgabt wurden, sie aber in ihren Erwartungen getäuscht wurden, da schlugen sie Alarm: Sie liefen zum Staatsanwalt und erklärten, sie seien betrogen. So marschierten sie gestern etwa 30 an der Zahl auf und beklagten sich bitter. Das Ordensvermögen wird aber eben liquidiert, und damit der muntere Schluß nicht fehle, stellte der Verteidiger des E., Rechtsanwalt Dr. Aaron, gestern fest, daß der Liquidator ein wegen Einbruchsdiebstahl vorbestraftes Individuum ist.

Die Strafkammer erblickte die Straffälligkeit des Angeklagten in einem wesentlich milderen Lichte. Sie setzte die Strafe von zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust auf sechs Monate Gefängnis herab. Dem Angeklagten wurden drei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet und für den Rest erhielt er Bewährungsfrist. Er wurde auch sofort aus der Haft entlassen.

Thea Rasche in Le Bourget.

Paris, 5. Juli. (WTB.) Auf dem Flugplatz Le Bourget trifft heute abend die erste deutsche Fliegerin, die Hamburgerin Thea Rasche, ein, die auf Veranlassung der Ozeanflieger Chamberlin und Levine für einige Zeit nach den Vereinigten Staaten gehen soll, um dort Schauflüge zu veranstalten. Die Fliegerin steigt heute vormittag um 11 Uhr in Essen auf und wird, da sie Zwischenlandungen in Köln und Brüssel beabsichtigt, gegen 8 Uhr 15 in Le Bourget erwartet.

Eine Riesenkatastrophe in Odessa.

Odessa, 5. Juli. (WTB.) Ueber Odessa wütete heute ein schwerer Orkan, der erhebliche Verwüstungen anrichtete. Auf dem Meere kenterten infolge des Sturmes mehrere Segelboote. Ueber 20 Personen sind ertrunken. Ein Straßenbahnwagen, der mit Ausflüglern besetzt war, entgleiste und kippte um. Sechs Personen wurden getötet, zehn schwer und 33 leicht verletzt.

Gute Schuhe billig! Ganz außergewöhnlich günstige Angebote bringt das bekannte Groß-Detail **Schuh-Lokal Fritz Behrndt**, Berlin C 25, Münzstraße 25 und Kottbuser Damm 13, in seinem diesjährigen Saisonausverkauf. Die Firma hat von ihren riesigen Lagerbeständen unter anderem große Posten ganz moderne Luxus- und Straßenschuhe in guter Qualität rücksichtslos herabgesetzt. Eine Anzahl Beispiele zeigt das heutige Inserat, auf das wir ganz besonders hinweisen möchten.

Sechzehn Nationen in Prag.

Einige Resultate der Prager Olympiade.

F. Kt. **Prag**, 5. Juli. (Eigener Bericht.) Die Beteiligung des Auslandes an der Olympiade ist im Vergleich zu früheren ähnlichen Veranstaltungen einzig dastehend. Im ganzen sind 16 Nationen vertreten. Diese imposante Beteiligung verleiht der Olympiade eine große internationale Bedeutung. Deutschland ist durch zwei Verbände vertreten: den Arbeiterturn- und -sportbund und den Arbeiterathletenbund. Diese beiden Organisationen haben fast 3000 Teilnehmer (Frauen und Männer) entsandt. Außerdem sind eine große Anzahl Einzelvertreter anwesend. Auch Oesterreich hat zahlreiche Vertreter geschickt. Aus Amerika sind der Tschechischamerikanische Arbeitersokol und die Tschechischamerikanischen DTJ. gekommen, aus England eine Mannschaft von Radfahrern sowie hervorragende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung. Belgien ist durch eine Mustermannschaft von Turnern und Wettkämpfern vertreten, Finnland durch vier ausgezeichnete Athleten, Frankreich durch eine leichtathletische Mannschaft und außerdem durch hervorragende Vertreter der französischen sozialistischen Bewegung. Aus Holland ist ein Vertreter des sozialistischen Parteiorgans „Het Volk" eingetroffen, aus Jugoslawien eine Delegation des slowenischen Arbeiterturnvereins, aus Lettland außer der schon erwähnten Expedition der Motorradfahrer eine Mannschaft von Leichtathleten, Pfadfindern und „Junge Pionyre". Rumänien hat eine Fußballmannschaft entsandt, die Schweiz Leichtathleten, Ungarn 19 Wettkämpfer (Frauen und Männer) zu den leichtathletischen Wettspielen. Aus Polen sind 5 Leichtathleten und eine Radfahrermannschaft des polnischen und des deutschen Posener Verbandes eingetroffen. Ferner ist vertreten der ukrainische „Sic".

Wettschwimmen.

Der erste Schwimmabend im Rahmen der Olympiade fand Sonntag abend um ½9 Uhr in der Schwimmhalle der Krankenkassenanstalt in Prag statt und dauerte bis ½1 Uhr nachts. An Kämpfen wurden nur Zwischenläufe ausgetragen. Es waren Schwimmer und Schwimmerinnen aus Deutschland, Oesterreich, DTJC. und des Aussiger Verbandes am Start erschienen. Diese Zwischenläufe brachten zeitweilig schöne Kämpfe. Nach Abschluß des Schwimmens fanden Wasserballspiele statt. Als erste Gegner standen sich Tschechoslowakei (DTJ.) und Oesterreich gegenüber. Die Oesterreicher siegten infolge ihrer besseren Technik und dem rascheren Start auf dem Ball mit 9 : 6 (5 : 5). Das zweite Spiel trug eine Mannschaft des Aussiger Verbandes mit jener von Deutschland aus. Deutschland gewann überlegen mit 14 : 0 (7 : 0). Als Einlage während der Schwimmkämpfe führten 16 Schwimmerinnen des Wiener Arbeiterschwimmvereins einen Reigen auf, der sehr viel Anklang fand. Entscheidungskämpfe fanden Montag abend ihre Fortsetzung, außerdem finden Wasserballspiele statt.

Die Ergebnisse der leichtathletischen Wettkämpfe.

1. **110-Meter-Lauf mit Hindernissen, Männer, am Start 6.** 1. Mählwald (Deutschland) 18,6 Sek. 2. Bala (DTJ.) 20,1 Sek. 3. Dolezal (DTJ.) 21 Sek. — 2. **800-Meter-Lauf, Männer, am Start 24.** 1. Bothas (Finnland) 2 : 07 Min. 2. Rose Armin (Ungarn) 2 : 07,9 Min. 3. Kuscinski Janus (Polen) 2 : 11 Min. — 3. **5000-Meter-Lauf, Männer, am Start 13.** 1. Mittag (Leipzig) 16 : 47,2 Min. 2. Paual (Oesterreich) 17 : 08,6 Min. 3. Mazer (Polen) 17 : 25,6 Min. — 4. **Kugelstoßen, Männer, 13 Wettbewerber.** 1. Fuchlacher, Karl (Deutschland) 11,408 Meter. 2. Ahhom (Finnland) 11,160 Meter. 3. Frolik (DTJ.) 11,070 Meter. — 5. **100-Meter-Lauf, Frauen, Vorläufe, am Start 16.** 1. Vorlauf: 1. Stibitz (Leipzig) 14,4 Sek. 2. Inbersohne (Lettland) 14,7 Sek. 2. Vorlauf: 1. Hanselmann (Leipzig) 14,6 Sek. 2. Talrova (DTJ.) 14,9 Sek. 3. Vorlauf: 1. Slavikova (DTJ.) 14 Sek. 2. Roczek (Oesterreich) 15,8 Sek. — 6. **Hochsprung, Frauen, am Start 12.** 1. u. 2. Inbersohne (Lettland) und Hromadka (Oesterreich) je 1,38,5 Meter. 3. Stibitz (Leipzig) 1,33,5 Meter. — 7. **Weitsprung, Männer, 18 am Start.** 1. Komanek (Auss. Verb.) 6,24 Meter. 2. Taffi (Finnland) 6,09 Meter. 3. Carlay (Ungarn) 6 Meter. — 8. **Frauenstafette 4×100 Meter.** 1. Deutschland 58,8 Sek. 2. Oesterreich 62 Sek. 3. Ungarn 65 Sek. 4. Auss. Verb. 5. DTJ.

Ballspiele.

Sonnabend, 2. Juli. **Faustball:** Wikitz gegen 6. Kreis (Aussiger Verband) 5 : 4 (2 : 2). — **Faustball:** Türmitz gegen Roßbach 51 : 34.

Sonntag, 3. Juli. **Faustball:** Klostergrab gegen Tschachwitz (Dresden) 6 : 6 (1 : 1). Wikitz gegen Riesa (Sachsen) 2 : 1 (1 : 1). Prisenitz Cottau (Dresden) gegen 6. Kreis (Aussiger Verband) 14 : 1. Zautersdorf (Sachsen) gegen Settenz 5 : 1. Zautersdorf (Sachsen) gegen Klostergrab 5 : 4. — **Faustball:** Gottmannsgrün gegen Brand 60 : 70. Roßbach gegen Brand 61 : 36. Türmitz gegen Dschau (Sachsen) 42 : 48.

„Heran an die Massen!"

Die Kommunisten suchen Hilfstruppen.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht einen Brief der Bezirksleitung der KPD. an den Ortsausschuß Berlin des ADGB., in dem dieser „zum sofortigen gemeinsamen Handeln" gegen die Zollvorlage der Reichsregierung aufgefordert wird.

Wie der Ortsausschuß des ADGB., wie die Gewerkschaften im allgemeinen zur Zollvorlage stehen, ist bekannt. Der Ortsausschuß Berlin des ADGB. hat diese Zollpolitik sehr kräftig gekennzeichnet, indem er sie eine „räuberische und ausbeuterische Zoll- und Steuerpolitik" nannte. Um gegen diese Zollpolitik Protest zu erheben, hat weder der Ortsausschuß des ADGB. noch der Bundesvorstand darauf gewartet, von der KPD. aufgefordert zu werden, gegen diese Zollvorlage Stellung zu nehmen.

Die Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung ist geeignet, auch den christlichen und jenen sogenannten nationalen Arbeitern, die bislang den Rechtsparteien nachliefen, die Augen zu öffnen über den wahren Charakter der Rechtsregierung. Infolge der Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung ist eine unerhörte Preissteigerung der Lebenshaltungskosten, besonders aber der für die großen Massen ausschlaggebenden Ernährungskosten eingetreten.

Das ist den Agrariern noch nicht genug. Die beispiellosen Kartoffelpreise sollen noch weiter in die Höhe getrieben werden. Gegen diese Aushungerungspolitik der breiten Massen haben die Gewerkschaften den schärfsten Protest erhoben. Sie werden dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft in Stadt und Land erfährt, wer schuld hat an der Verteuerung der Lebenshaltungskosten und wer diese Teuerung noch weiter zu treiben sucht. Sie werden in allen öffentlichen Körperschaften durch ihre Vertreter, die in den sozialdemokratischen Fraktionen sitzen, mit aller Schärfe und unter Ausnutzung aller taktischen Mittel gegen diese räuberische Politik zu Felde ziehen. Sie werden außerhalb der Parlamente nichts unversucht lassen, um die Arbeiterschaft aufzuklären und in Bewegung zu bringen.

Die KPD. will diese Aktion der Gewerkschaften für sich ausnutzen. Die KPD. befindet sich in einem hoffnungslosen Niedergang. Das zeigt nicht nur der Mitgliederschwund, der Zerfall ihrer parlamentarischen Vertretung, das zeigen auch alle Wahlen, die in den letzten Monaten stattgefunden haben.

Die KPD. sucht nun verzweifelt diesen Niedergang aufzuhalten. Sie will unbedingt „heran an die Massen" kommen. Aber wie? Ganz einfach. Man fordert die so verlästerte Gewerkschaftsbureaukratie auf, mit den in schweren Kümmernissen sich befindenden Bonzen der KPD. gemeinsame Sache zu machen. Es ist ungefähr die Idee eines Bankerotteurs, Rothschild ein Kompagniegeschäft anzutragen.

Dabei kommt aber noch hinzu, daß dieselbe KPD. n der Blütezeit der Inflation, als es auch ihre Blütezeit war, alles versucht hat, um die Gewerkschaften zu sprengen. Sie hat eigene Organisationen aufgezogen, in der Hoffnung, daß diese die freien Gewerkschaften verdrängen würden. Die KPD. hat auch mit diesem Versuch Bankerott gemacht. Es hat noch keinen Streik gegeben, es ist von den Gewerkschaften noch keine Aktion geführt worden, ohne daß die KPD. mit den Mitteln der gemeinsten Demagogie und der infamsten Verleumdung den Gewerkschaften in den Rücken gefallen wäre. Und ausgerechnet diese bankerotten Feinde der Gewerkschaftsbewegung verlangen jetzt von den Gewerkschaften, daß diese ihnen wieder auf die Beine helfen sollen! Diese Zumutung setzt soviel Dummheit bei den Gewerkschaften voraus, daß sie geradezu beleidigend ist.

Gemeinde- und Staatsarbeiter 1926.

Der Geschäftsbericht des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter für 1926 zeigt, daß sich diese Organisation trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise nicht nur gehalten, sondern beachtliche Fortschritte gemacht hat. Während die Organisation zu Beginn des Berichtsjahres in 859 Filialen 200 692 Mitglieder zählt, waren es am Schlusse des Jahres in 856 Filialen 208 679 Mitglieder. Die Verminderung der Filialen erklärt sich daraus, daß einige aus Zweckmäßigkeitsgründen zusammengelegt wurden.

Von den 302 460 Beschäftigten innerhalb des Organisationsbereiches gehörten dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter rund 69 Proz. an. Das ist ein ausgezeichnetes Organisationsverhältnis.

In dem Bericht wird unterschieden zwischen „buchmäßigen" und „zahlenden" Mitgliedern, d. h. zwischen den tatsächlichen Mitgliedern und den im Jahresdurchschnitt voll geleisteten Beiträgen. Die Bezeichnung „zahlende" Mitglieder könnte daher sehr leicht den Eindruck erwecken, es handle sich bei den „buchmäßigen" Mitgliedern nur um Papiersoldaten, was aber keinesfalls zutrifft.

Trotzdem die öffentlich-rechtlichen Betriebe und Verwaltungen infolge ihrer Eigenart nicht so den Konjunkturschwankungen unterliegen wie die Privatindustrie, waren immerhin zu Beginn des Jahres 4136 und am Schlusse 4903 = 2,36 Proz. der Mitglieder als Erwerbslose gezählt. Bemerkenswert ist, daß die Arbeitslosenkurve während des ganzen Jahres mit der in der Privatindustrie fast gleich lief. Die Kurzarbeit bewegte sich in mäßigen Grenzen. Die Zahl der Kurzarbeiter ging von 595 zu Anfang des Jahres in verschiedenen Intervallen auf 211 am Schlusse des 3. Quartals herab und stieg dann wieder auf 574 am Jahresschluß.

Die Tarifstatistik weist am Schlusse des Berichtsjahres 357 Tarifverträge aus mit 342 407 Beschäftigten in 8693 Betrieben gegenüber 318 Verträgen für 322 488 Beschäftigte in 8257 Betrieben zu Beginn des Jahres. An erster Stelle steht der Reichsmanteltarifvertrag für die Gemeindearbeiter, durch den die Arbeitsverhältnisse von 177 250 Gemeindearbeitern geregelt sind.

Die schwere wirtschaftliche Depression hat auch den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband gehindert, Lohnbewegungen in gleichem Maße wie in den Vorjahren einzuleiten. Er mußte sich hauptsächlich auf die Verteidigung beschränken, bei der es ihm aber gelungen ist, sämtliche Angriffe sowohl auf die Löhne wie auch auf die Arbeitszeit und die sozialen Errungenschaften abzuwehren. Darüber hinaus wurden noch 58 Lohnbewegungen in 4434 Betrieben mit 165 167 Beschäftigten geführt, die, alle mit teilweisem Erfolg beendet, eine durchschnittliche Lohnerhöhung von einer Mark pro Kopf brachten.

Sehr günstig war auch die finanzielle Entwicklung des Verbandes. Einer Gesamteinnahme von 6,5 Millionen Mark stand eine Ausgabe von 4,9 Millionen Mark gegenüber, so daß die Mehreinnahme rund 1,5 Millionen Mark betrug. Der Verband hatte am Schlusse des Berichtsjahres, unberechnet die Immobilien, ein Gesamtvermögen von 4 309 222 Mark, so daß pro Mitglied ein Vermögen von 21,82 Mark vorhanden ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sich im Vorjahre nicht nur glänzend behauptet, sondern rüstig vorwärts entwickelt hat.

Der „beleidigte" Betriebsleiter.

Ein Arbeiter der Oelgasfabrik der Firma Pintsch A.-G., der wegen seiner Entlassung beim Gewerbegericht klagte, wurde mit der Klage abgewiesen, weil durch Zeugenaussage folgendes festgestellt worden ist: Der Kläger, ein Familienvater mit 26 M. Wochenlohn, war in Geldverlegenheit geraten und ersuchte den Betriebsleiter um Vorschuß. Das Ersuchen wurde abgelehnt. Das brachte den Kläger, der versicherte, seine Notlage sei so groß gewesen, daß er mit seiner Familie trockenes Brot habe essen müssen, so in Erregung, daß er zu dem Betriebsleiter sagte: „Daß mir der Vorschuß verweigert wird, das liegt nur an Ihnen. Das ist eine Gemeinheit, pfui, schämen Sie sich! Sie müßten dauernd trockenes Brot essen, damit Sie wissen, wie einem Manne in meiner Lage zumute ist."

Das Gericht unter dem Vorsitz des Obermagistratsrats Schalhorn hält diese Aeußerung für eine grobe Beleidigung, welche die Entlassung nach § 123 der Gewerbeordnung begründet, und nimmt an, daß der Kläger durch die Worte: „Pfui, schämen Sie sich!" die Absicht, den Betriebsleiter persönlich zu treffen, bekundet habe.

Diese Auffassung des Gerichts trägt den tatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung. Der Kläger hat ohne Zweifel in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Seine Worte können also nur dann als Beleidigung angesehen werden, wenn aus der Form und den Umständen die Absicht der Beleidigung zu erkennen ist. Das Gericht erblickt diese Absicht in den Worten: „Das ist eine Gemeinheit, pfui, schämen Sie sich!" Hierin aber irrt das Gericht. Der Kläger hielt in seiner Notlage die Verweigerung des Vorschusses für eine so harte Maßnahme, daß er glaubte, sie als eine Gemeinheit bezeichnen zu können. Das ist eine abfällige Beurteilung einer Handlung, aber keine Beleidigung einer Person. Wenn der Kläger dem, den er für diese Handlung für verantwortlich hält, sagt, er solle sich schämen, so kann doch darin nicht die Absicht der Beleidigung erblickt werden, um so weniger, als der Kläger — was der Vorsitzende im Laufe der Verhandlung selbst sagte — den Eindruck eines ruhigen und besonnenen Mannes macht. Wäre der Kläger wegen Beleidigung des Betriebsleiters vor den Strafrichter gefordert worden, so hätte er unter Berufung auf § 193 StGB. freigesprochen werden müssen. Dem Gewerbegericht aber erscheint dieselbe Aeußerung so schwerwiegend, daß sie mit Entlassung bestraft werden darf, was unter den heutigen Verhältnissen wochen- oder gar monatelange Arbeitslosigkeit bedeutet. Das ist eine Auffassung, die den Forderungen der Gerechtigkeit nicht entspricht.

Wir möchten noch darauf hinweisen, daß § 123 der Gewerbeordnung unter den Gründen zur fristlosen Entlassung „Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen" anführt. Der Umstand, daß grobe Beleidigungen in einem Atemzuge mit Tätlichkeiten genannt werden, läßt darauf schließen, daß der Gesetzgeber an etwas anderes als an Verletzungen des „guten Tones" gedacht hat. In Arbeiterkreisen herrscht — man mag es bedauern, aber es ist nun einmal so, und es erklärt sich aus den Verhältnissen — ein anderer Ton als in bürgerlichen Kreisen.

Die Jugendblätter des Zentralverbandes der Angestellten. Die Juli-Ausgabe der „Jugendblätter" enthält eine Reihe sehr interessanter und wissenswerter Abhandlungen. An erster Stelle wird über die Pfingstjugendtreffen berichtet. Einige Bilder unterstreichen die Berichte. Sodann folgt der Schluß des in der Juni-Ausgabe begonnen Aufsatzes „Stellungnahme zum Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes". Der Kursus „Wechsel- und Scheckkunde" wird fortgesetzt. Berichte von Wanderfahrten, der Besichtigung der Berliner Wochenendausstellung, Werbeabenden und sonstigen Veranstaltungen der Jugendgruppen des ZdA. beschließen die inhaltsreiche Juli-Ausgabe. Jedem kaufmännischen Lehrling und jugendlichen Angestellten kann empfohlen werden, die „Jugendblätter des Zentralverbandes der Angestellten" zu beziehen.

Aufgehobene Sperre. Die Differenzen mit dem Inhaber des Lokals Spandauer Bock, Herrn Wiedehöft (rechte Seite) Westend, sind beigelegt. Die Sperre wird hiermit aufgehoben.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin, Schwester und Tante am 2. Juli nach längerem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Mariendorf, den 4. Juli 1927.
Im Namen der Hinterbliebenen
Wilhelm Deinert.
Die Einäscherung findet am 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Vom 5. bis 7. Juli 1927
Die Liebesbriefe d. schönen Franz
(Der Kavalier vom Wedding)
Ferner: Reginald Denny in
Vorsicht, ich bin verheiratet!
Bühnenschau

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 5. bis 7. Juli
Tragödie einer Ehe
Außerdem: Der gefährliche Fremdling

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 48
Vom 5. bis 7. Juli 1927
Die Liebesbriefe des schönen Franz
(Kavalier vom Wedding)
Ferner: Bühnenschau

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52
Vom 5. bis 7. Juli 1927
Marcella Albani, Werner Krauss, Alfons Fryland in
Da hält die Welt den Atem an!
Ferner: Bühnenschau

Möbel
Speise — Herren — Schlaf — Zimmer, bekannt gut und billig.
Neugebauer
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 125
Ecke Schiller Str.
Kein Laden
1 Treppe
Besichtigen Sie mein reichhaltiges Lager

Personen-Dampfschiffs-Reederei Bathke & David
Telephon C 7, 2883 Spandau, Hamburger Straße 90 b Telephon C 7, 2883

Dampfer-Verkehr ab 6. Juli täglich
ab Berlin Fenn-Brücke 9.30, Beussel-Brücke 9.50 über Saatwinkel, Tegelort, Jörsfelde, Conradshöhe, Heiligenseer Schweiz, Heiligensee, Lehnitzsee und zur. Hin und zurück nur Wochentags M. 1.50. An Wochentagen einfache Fahrt M. 1.—. An Sonntagen nur einf. Fahrt M. 1.25.

Billige Feriensonderfahrten
An jedem Montag u. Mittwoch: Große Rundfahrt über Potsdam, Werder, Paretz, Nedlitz. Ganze Fahrt M. 2.50. An jedem Dienstag und Freitag n. Forsthaus Templin, Holländer Mühle (Baumgarten-Brücke) Glindower Alpen. Ab Berlin Weidendammer Brücke 8.30, Fennbr. 9.00, Beusselbr. 9.20, Spandau Lindenufer 11.00. Hin u. zur. M. 2.—.
An jedem Dienstag nach Werbellinsee, an jedem Donnerstag nach Neuruppin. Ab Berlin Fennbrücke 6.30, Beusselbr. 6.45, Spandau Lindenufer 7.00, Tegelort Bismarckstraße 7.45, Hohenneuendorf 8.40, Borgsdorf 9.10, Bahnhof Lehnitz 9.30 (ab Bahnhof Lehnitz nur nach Werbellinsee an jedem Dienstag). Hin und zurück M. 3.—.
An jed. Dienstag und Donnerstag: Große Rundfahrt ab Spandau über Potsdam, Werder, Paretz, Nedlitz. Ganze Fahrt M. 2.50. An jed. Mittw. u. Freit. n. Brandenburg a. d. H. Ab Spandau Lindenuf. 9.00. Hin u. zur. M. 2.50.
Vermietg. v. Dampfern versch. Größen zu billigsten Preisen. — Kl. Gesellschaften u. Schulklassen b. Benutzg. d. Tourenfahrten Fahrpreisermäßigung

Wer probt, der lobt! Vorzügliche Natur-
Butter 1.40
und 1.60 pro Pfund.
Wegner, Berlin SO
Mariannenstraße 34

Großer Teppich-Verkauf im Teppich-Großlager
Mittw. d. 6., Donnerst. d. 7., Freit. d. 8., Sonnab. d. 9. Juli, 9–12, 2–7 Ständ. Lager von ca.
1000 Teppichen
Brücken, Vorlagen, Tisch- u. Diwandecken in allen Größen und Qualitäten Nur erstklass. Fabrikate

Große elegante Salon-, Herren- und Speisezimmer-Exemplare.
Hervorragende Marken wie Koch Halbmond, Anker Tournay Schoeller. Teppichwerk Hardenberg sowie Kunstweberei Claviez: die vollendetsten Erzeugnisse deutscher Teppichwebtechnik bis zu den größten Dimensionen zu den billigsten Nettomindestpreislisten.

Viele einzelne Muster-Teppiche
bis zu 40 % ermäßigt.
Tapestry Brüssel 200×300 39.-, 250×350 68.-, Axminster, gute Qualität, 200×300 78.-, 250×350 114.-, 300×400 156.-, 300×500 195.-, Tournay 250×350 181.-, 300×400 268.-, Eriwan, schwere Smyrna-Velour-Qualität, 235×340 143.—, 250×370 172.-, 300×420 235.-, 350×470 312.-.

Größtes Teppichlager Seit 1897 in Berlin-Schöneberg nur Hauptstr. 5.